



Protokoll

3. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, zentrale Verwaltung und Feuer- erschutz

Sitzungstermin:	Montag, 12.09.2022
Raum, Ort:	Mensa des Schulzentrum Ilsede, Am Schulzentrum 35, 31241 Ilsede
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:05 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Björn Busse

Mitglieder

Herr Oliver Wedekind

Herr Maik Burgdorf

Herr Christoph Moritz

Frau Antje Schulz

Frau Marion Övermöhle-Mühlbach

Herr Günter Schmidt

Herr Christian Falk

Vertretung für: Herrn Martin Schampera

Frau Claudia Wilke

Herr Jan Wouter van Leeuwen

Grundmandat

Herr Karl-Heinrich Belte

Herr Günther Engelhardt

Bürgervertretung

Herr Jürgen Rubin

Frau Janna Giere

Frau Raphaela Klotz

Protokollführung

Frau Svenja Menzel

Verwaltung

Frau Bettina Conrady

Frau Marina Geerts
Herr Bernd Leunig
Herr Thorsten Radigk

Gäste

Frau Birgit Reimers

Entschuldigte:

Mitglieder

Frau Simone Pifan	fehlt entschuldigt
Herr Martin Schampera	fehlt entschuldigt

Bürgervertretung

Herr Sven Anders	fehlt entschuldigt
Herr Marc Weidlich	fehlt unentschuldigt
Herr Andreas Bierig	fehlt unentschuldigt

Verwaltung

Herr Rüdiger Ernst	fehlt entschuldigt
Frau Silke Tödter	fehlt entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.05.2022
- 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
- 6 Präsentation des Fachdienstes EDV
- 7 Aktuelle Zahlen bzgl. Ausländer/-innen und Asylbewerber/-innen im LK Peine einschließlich deren Entwicklung seit dem Jahr 2012 sowie Auswirkungen des Flüchtlingszuzuges auf die Einbürgerungszahlen
- 8 Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst
- 9 Gewinnverwendung BgA Bäder 2020 und 2021
- 10 Produktbericht Stand 30. Juni 2022 für das Dezernat "Zentrale Verwaltung, Ordnung, Recht" ohne Fachdienst "Schule, Kultur und Sport"
- 11 Produktbericht Stand 30. Juni 2022 für das Budget "Landrat und Stabsstellen"
- 12 Produktbericht Stand 30. Juni 2022 für das Budget "Allgemeine Finanzierungsmittel"
- 13 Informationen der Verwaltung
- 14 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende **Herr KTA Busse** begrüßt die Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden von **Herrn KTA Busse** festgestellt.

Anmerkungen zur Tagesordnung: keine

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.05.2022

1. Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche der Gleichstellungsbeauftragten Frau Tödter:

Änderung zu TOP 5 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten:

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter skizziert in ihrem Bericht die Themen und dazugehörigen Maßnahmen, die für 2022 auf ihrer Agenda stehen oder durch den Gesetzgeber vorgesehen sind (siehe NKomVG: Gleichstellungsbericht). Sie beginnt mit der Veranstaltungsreihe zu "10 Jahre FrauenORT Peine", die sie im August/September dieses Jahres in Kooperation mit den DGB Frauen und dem Kreismuseum durchführen wird. Dabei erwähnt sie, dass für die Ausstellungseröffnung "FrauenORTE Niedersachsen" Marion Övermöhle-Mühlbach, Vorsitzende des Landesfrauenrates, gewonnen werden konnte, die auch als Kreistagsabgeordnete Mitglied dieses Ausschusses ist. Der Landesfrauenrat hat die Initiative FrauenORTE Niedersachsen ins Leben gerufen. Besonders bei dieser Veranstaltungsreihe zu Ehren der 1. Landrätin Niedersachsens und Peines ist, dass alle Veranstaltungen für Frauen und Männer gleichermaßen zugänglich sind, was ja bei einigen Veranstaltungen der Gleichstellungsbeauftragten wie zum Internationalen Frauentag nicht Konzept sei. Sie freut sich auf eine rege Teilnahme (eine Veranstaltungsübersicht liegt dem Protokoll als Anlage bei).

Weiter weist sie darauf hin, dass sie für die nächste Sitzung einen Beschlussvorschlag zur Einrichtung eines Ehrengrabs für Hertha Peters, 1. Landrätin im Landkreis Peine, ab 2027 vorlegen werde.

Der Gleichstellungsbericht 2019-2021 wurde bereits 2021 der Politik vorgelegt. Der Gleichstellungsbericht 2020-2022 wird in Absprache mit dem Landrat und dem Fachdienstleiter Personal im Frühjahr 2023 auf der Tagesordnung sein.

2. Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche der Bürgervertreterin Frau Giere:

Ergänzung zu TOP 7 Warnung der Bevölkerung bei Krisensituationen im Landkreis Peine;

Aufbau einer flächendeckenden Sireneninfrastruktur (Vorlage 2022/076):

Bürgervertreterin Frau Giere fragt, ob es bundes- oder landesweit einheitliche Signale für die unterschiedlichen Schadenslagen gibt.

Nachtrag der Verwaltung zu dem Thema:

Es gibt für unterschiedliche Schadenslagen zur Bevölkerungswarnung keine unterschiedlichen Signale. Gemäß dem Beschluss des Arbeitskreises Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung (AFKzV) der Innenministerkonferenz vom Frühjahr 2019 werden in Deutschland einheitlich nachfolgende Sirenensignale verwendet:

- Warnung: Einminütiger, auf- und abschwellender Heulton
- Entwarnung: Einminütiger, gleichbleibender Heulton

Davon abweichend ist die in einigen Teilen Deutschlands genutzte Alarmierung der Feuerwehren per Sirene: dreimaliger aufschwellender Heulton. Dieser ist allerdings von der Bevölkerungswarnung abzugrenzen. Als untere Katastrophenschutzbehörde befürwortet der Landkreis Peine, die nun zu installierenden Sirenen ausschließlich für die Bevölkerungswarnung einzusetzen, um den Warn- und Weckeffekt tatsächlich zu erreichen.

Änderung zu TOP 12 Anfragen und Anregungen:

Bürgervertreterin Frau Giere weist darauf hin, dass das geltende Ortsrecht (Satzungen u. ä.) nur über das passwortgeschützte Kreistagsinformationssystem, und damit nicht öffentlich, zugänglich ist.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 30.05.2022 wird mit genannten Ergänzungen/Änderungen genehmigt.

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: -- Enthaltung/en: 2

4 . Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

5 . Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Erste Kreisrätin Frau Conrady berichtet im Auftrag der entschuldigten **Gleichstellungsbeauftragten Frau Tödter**, dass die Veranstaltungsreihe zu „10 Jahre FrauenORT Peine“ erfolgreich gestartet ist. Zudem wird es einen Beschlussvorschlag zur Einrichtung eines Ehrengrabs für Hertha Peters, 1. Landrätin im Landkreis Peine, geben. **Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** wird in der nächsten Ausschusssitzung ausführlich berichten.

6 . Präsentation des Fachdienstes EDV

Fachdienstleiter Herr Leunig stellt den Fachdienst EDV vor, indem er einen Überblick über die Bedarfsentwicklung der EDV beim Landkreis Peine gibt und beschreibt, wie der Fachdienst aktuell personell und technisch aufgestellt ist. Demnach arbeiten 18 Mitarbeiter im Fachdienst EDV und es sind 2 Stellen für ein duales Studium zur Fachinformatikerin/ zum Fachinformatiker vorgesehen.

Er weist darauf hin, dass die Anpassung an aktuelle Bedarfe, z.B. die Umsetzung des Onlinzugangsgesetzes und die Möglichkeit der Telearbeit, eine besondere Herausforderung darstellt.

Frau KTA Wilke erkundigt sich, ob der UserHelpdesk von externen oder internen Mitarbeiterinnen/ Mitarbeitern betreut wird. **Fachdienstleiter Herr Leunig** teilt mit, dass dieser ausschließlich von den aktuell 18 Mitarbeitern im Fachdienst EDV betreut wird.

Herr KTA Wedekind fragt, ob es besondere Präventionsmaßnahmen zum Schutz vor Datenmissbrauch und für die allgemeine Informationssicherheit gibt. **Fachdienstleiter Herr Leunig** teilt mit, dass es ein mehrstufiges Frühwarnsystem gibt, u.a. unter Einsatz verschiedener Softwareprodukte, einer Firewall, einem Antivirens Scanner sowie von Monitoringsystemen und der Landkreis Peine damit sehr gut aufgestellt ist.

Herr KTA van Leeuwen fragt, welches Problem aktuell neben Personal und Hardware/Lizenzen das größte darstellt. **Fachdienstleiter Herr Leunig** erläutert, dass das Arbeitspensum enorm ist und dass es Lieferschwierigkeiten und Verzug bei PCs gibt.

Bürgervertreter Herr Rubin erkundigt sich, ob Linux oder Microsoft als Betriebssystem genutzt wird. **Fachdienstleiter Herr Leunig** erklärt, dass beide Betriebssysteme abhängig vom Einsatzbereich und den Herstellerempfehlungen genutzt werden.

Frau KTA Wilke fragt, wie der Landkreis Peine hinsichtlich des Bedarfs im Bereich Homeoffice ausgestattet ist, ob es genügend Geräte und Kapazitäten gibt, sowie, ob die Möglichkeit besteht, innerhalb des Mobile Workings dienstliche Geräte zu nutzen. **Fachdienstleiter Herr Leunig** erklärt, dass es ausreichend Platz auf den Servern gibt, jedoch in einzelnen Fällen aufgrund fehlender Bandbreite bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Voraussetzungen für Telearbeit ungünstig sind. Er teilt weiter mit, dass sich der Landkreis Peine diesbezüglich gerade im Umbruch befindet und die Dienstvereinbarung überarbeitet wird. Grundsätzlich gibt es immer mehrere Möglichkeiten und es wird im Einzelfall geprüft, was die optimale Lösung ist, um Telearbeit zu ermöglichen.

Bürgervertreterin Frau Klotz möchte wissen, ob die Schulen an den Fachdienst EDV angebunden sind. **Fachdienstleiter Herr Leunig** erklärt, dass die Schulen überwiegend nicht

angebunden sind. Von den vor einiger Zeit von der Stadt Peine zurückübertragenen Schulen sind das Ratsgymnasium und das Gymnasium am Silberkamp mit Lichtwelle angebunden. Von dort aus werden auch Softwareprodukte genutzt, die auf den Servern der EDV installiert sind.

Weiterhin

gibt es dort sogenannte abgesetzte Telefonanlagen, die an den beiden Hauptanlagen der EDV angeschlossen sind.

**7 . Aktuelle Zahlen bzgl. Ausländer/-innen und Asylbewerber/-innen im LK Peine einschließlich deren Entwicklung seit dem Jahr 2012 sowie Auswirkungen des Flüchtlingszuzuges auf die Einbürgerungszahlen
Vorlage: 2022/119**

Frau KTA Overmöhle-Mühlbach fragt, ob das Land, aus dem die Person einreist, oder das Herkunftsland für die Länderzahlen ausschlaggebend ist.

Herr Radigk teilt mit, dass die Staatsangehörigkeit maßgeblich ist.

Herr KTA Schmidt fragt, ob Personen erfasst sind, bei denen die Staatsangehörigkeit nicht feststellbar oder ungeklärt ist.

Herr Radigk informiert, dass dieser Personenkreis in der Statistik mit berücksichtigt ist.

Frau KTA Wilke erkundigt sich, wer für Einbürgerungsanträge im Landkreis Peine zuständig ist.

Erste Kreisrätin Frau Conrady teilt mit, dass dies Aufgabe des Landkreises Peine, Fachdienst Ordnungswesen, ist.

Herr Radigk weist darauf hin, dass die Zahl der Anträge aktuell steigt, da die Flüchtlinge aus 2015 mittlerweile Anspruch auf Einbürgerung haben können.

**8 . Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst
Vorlage: 2022/121**

Herr Radigk teilt mit, dass der Bedarfsplan für den Rettungsdienst in vorliegender Form aus 2019 fortgeschrieben wird. 2020 und 2021 wurde die jährliche Fortschreibung aufgrund der Covid-19-Pandemie ausgesetzt.

Die Grundlage für den Bedarfsplan ist das Gutachten zur Rettungsmittelvorhaltung aus 2018. Daraufhin gibt es eine enge Abstimmung mit den Kostenträgern/Krankenkassen. Ein neues Gutachten wurde noch nicht in die Wege geleitet, weil

- sich das Rettungsdienstgesetz geändert hat, ein NKTW aufgenommen wurde und dieser mitbewertet werden soll,
- die Bedarfsverordnung Rettungsdienst aktuell novelliert wird und Neuerungen berücksichtigt werden sollen
- sich die Einsatzdauer teilweise erheblich dadurch verlängert, dass Kliniken nicht aufnehmen. Mittelfristig könnte dieses einen Mehrbedarf an Rettungsmitteln bedeuten. Inwieweit dieser kurzfristig gedeckt werden könnte, scheint aufgrund des Fachkräftemangels zumindest fraglich.

Daher erfolgt die Fortschreibung rein formell in vorliegender Form aus 2019.

Herr KTA Falk fragt, ob die gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der Einsatzdauer eingehalten werden und ob Ausfälle wegen Personalmangel zu verzeichnen sind. Weiterhin stellt er die Frage, was unter „nichtabrechenbare Fahrten“ zu verstehen ist.

Herr Radigk teilt mit, dass die vorgeschriebene Einsatzdauer zu 95 % eingehalten werden kann. Leider ist es bereits zu Ausfällen von Rettungsmitteln gekommen, weil Fahrzeuge wegen fehlender Personalkapazitäten außer Dienst gestellt werden mussten. Es handelt sich aber aktuell um seltene Vorkommnisse. Die Anpassung der Personalkapazitäten kann allerdings nur in enger Abstimmung mit den Kostenträgern (i. d. R. Krankenkassen) erfolgen. Bei den „nichtabrechenbaren Fahrten“ handelt es sich um Fehleinsätze. Von diesen gibt es etwa 3.000 pro Jahr. Sie entstehen z.B., wenn es keinen Notfall vor Ort gibt oder die Patientin/ der Patient sich der Behandlung entzieht.

Grundmandatsträger Herr Engelhardt fragt, ob der Fachkräftemangel aus der Bezahlung oder der Qualifikation resultiert.

Herr Radigk erklärt, dass dieser aus seiner Sicht u. a. auf fehlende Attraktivität insbesondere aufgrund der Arbeitszeit zurückzuführen ist.

Frau KTA Wilke erkundigt sich über das System im Rettungsdienst insbesondere bezüglich der Ausbildung.

Herr Radigk erläutert, dass Notfallsanitäter/in mittlerweile ein anerkannter Lehrberuf ist und dass die Kosten über die Kostenträger (i. d. R. Krankenkassen) refinanziert sind. Der Landkreis Peine bedient sich hierfür drei Beauftragten: DRK, Daetz und ASB.

Herr KTA Falk erkundigt sich, wie die Verhandlungen mit den Kostenträgern/Krankenkassen hinsichtlich der Bemessung von Auszubildenden ablaufen.

Herr Radigk teilt mit, dass es für das Land Niedersachsen einen einheitlichen Kostenschlüssel gibt.

Bürgervertreterin Frau Klotz fragt, ob man an der Kostenstruktur etwas ändern könne.

Erste Kreisrätin Frau Conrady erklärt, dass der Landkreis Peine nichts ändern kann, da er an die Tarifverhandlungen gebunden ist. Änderungen im Gesundheitssystem müssen auf Landes-/Bundesebene passieren.

Herr KTA Wedekind fragt nach der Anzahl an Rettungswachen.

Herr Radigk teilt mit, dass es 6 Rettungswachen gibt und eine Notarztwache am Klinikum Peine.

Beschluss:

Der Bedarfsplan für den Rettungsdienst wird in der vorliegenden Form fortgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: -- Enthaltung/en: --

**9 . Gewinnverwendung BgA Bäder 2020 und 2021
Vorlage: 2022/124**

Beschluss:

Der jeweils in den Jahren 2020 und 2021 im Betrieb gewerblicher Art (BgA) Bäder erzielte Gewinn verbleibt in der Bilanz des Betriebes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: -- Enthaltung/en: --

10 . Produktbericht Stand 30. Juni 2022 für das Dezernat "Zentrale Verwaltung, Ordnung, Recht" ohne Fachdienst "Schule, Kultur und Sport" Vorlage: 2022/129

Herr KTA Busse schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 8, 9 und 10 gemeinsam zu behandeln. Dem wird insgesamt zugestimmt.

Frau KTA Wilke fragt, warum es eine Erhöhung der Umlage für den Regionalverband Braunschweig gab.

Nachtrag der Verwaltung: Die Erhöhung der Umlage resultiert aus Mehrleistungen, regulären Kostensteigerungen durch beispielsweise neue Tarifabschlüsse und kriegsbedingten Mehrkosten insbesondere gestiegenen Kraftstoffpreisen.

Herr KTA Schmidt führt aus, dass es im Entwurf zum doppischen Produkthaushalt 2022 auf Seite 119 8.000 € für den Führerschein-Umtausch ausgewiesen sind und es in den Erläuterungen dazu auf Seite 120 heißt: *„Die "alten" deutschen Führerscheine müssen in den nächsten Jahren bis 2028 in europäische Führerscheine umgetauscht werden. Die ersten Jahrgänge ab 1953 sind dazu bis 2022 verpflichtet. Dazu wurde eine zusätzliche Stelle geschaffen, die sich über die Erträge aus Verwaltungsgebühren größtenteils refinanziert.“* Auf seine Nachfrage bei den Haushaltsberatungen wurde ihm mitgeteilt, dass diese Stelle vom Land oder Bund bezahlt werde. Trotzdem bleibe ein Teil der Kosten beim Landkreis hängen. Jetzt heißt es in der Informationsvorlage 2022/129: *„Im Produkt 12213 „Führerscheinangelegenheiten“ ist mit einer Budgetverbesserung aufgrund höherer Erträge aus Gebühren i.H.v. rd. 118.000 € zu rechnen.“*

Herr KTA Schmidt fragt, wie diese Diskrepanz zu erklären ist und ob sich die höheren Erträge aus einem anderen Bereich ergeben.

Erste Kreisrätin Frau Conrady weist darauf hin, dass es durch den Pflichtumtausch der Fahrerlaubnisse zu Einnahmen kommt. Tatsächlich gibt es nur eine zusätzliche Stelle für den Umtausch. In der Praxis führen alle Kolleginnen und Kollegen der Führerscheinstelle den Umtausch durch.

Nachtrag der Verwaltung: Bei der Zahl 8.000 handelt es sich um die Anzahl der Fälle „Umtausch Euro-Führerschein“. Insofern gibt es keine Diskrepanz. Die Budgetverbesserung aufgrund höherer Erträge aus Gebühren i.H.v. rd. 118.000 € trifft zu. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen bundeseinheitliche Gebühren, die durch den Bund festgelegt werden. Aus diesen werden u.a. die Personalkosten für die zusätzliche Stelle für den Pflichtumtausch der Fahrerlaubnisse refinanziert.

Herr KTA Schmidt stellt fest, dass bei Umtausch der Fahrerlaubnis der alte Führerschein folgenden Stempel erhält: *Die Gültigkeit des Führerscheins ist begrenzt bis zum Erhalt des Kartenführerscheins, längstens jedoch bis zum (hier wird ein Datum eingetragen).* Dies bedeute, dass die Bürgerin/ der Bürger bei Lieferverzug des Kartenführerscheins unter Umständen keine gültige Fahrerlaubnis habe.

Herr KTA Schmidt fragt, welche Stelle für diesen Text verantwortlich ist, der Landkreis Peine oder das Land/der Bund.

Erste Kreisrätin Frau Conrady weist darauf hin, dass der Landkreis Peine an dieser Stelle Bundesrecht umsetzt. Die Umtauschzeiten sind teilweise länger als vom Landkreis ge-

wünscht. Dadurch, dass der Kartenführerschein befristet ausgestellt wird, wird zukünftig ein regelmäßiger Umtausch stattfinden, der personell und organisatorisch zu berücksichtigen ist.

Nachtrag der Verwaltung: Der Pflichtumtausch ist so organisiert, dass jede Bürgerin/ der Bürger den neuen Kartenführerschein nach Antragstellung von der Bundesdruckerei zugesandt bekommt. Damit sorgt der Landkreis Peine für einen kundenorientierten und vereinfachten Ablauf. Von Gesetz wegen hat der Landkreis Peine sicherzustellen, dass jede Bürgerin/ jeder Bürger maximal ein gültiges Führerscheindokument hat. Dies geschieht durch den Stempel. Die Frist ist dabei ausreichend, bisherige Erfahrungen zeigen, dass die Bürgerin/ der Bürger den Kartenführerschein innerhalb von 2-3 Wochen erhält. Hinzuzufügen ist, dass eine Fahrerlaubnis auch ohne gültiges Führerscheindokument nicht erlischt.

Frau KTA Schulz spricht ein großes Lob für die Führerscheinstelle hinsichtlich kundenorientierter Beratung und schneller Bearbeitung aus.

Erste Kreisrätin Frau Conrady bedankt sich und wird das Lob an die Führerscheinstelle weiterleiten.

Herr KTA Wedekind fragt, was die Quelle für die Zahlen neben der Ampel ist, die für die Ampelstellung ausschlaggebend sind.

Fachdienstleiterin Frau Geerts erläutert, dass der obere Wert den Planansatz (Erträge abzüglich Aufwendungen) darstellt. Der untere Wert stellt das prognostizierte Ergebnis (prognostizierte Erträge abzüglich prognostizierte Aufwendungen) dar. Diese werden zueinander ins Verhältnis gesetzt und ergeben den dritten Wert, der entweder eine Verbesserung oder eine Verschlechterung des Budgets prognostiziert. Die Ampel bezieht sich auf diese Werte und zeigt rot für eine Verschlechterung, gelb bei ungefährem Einhalten des Budgets und grün für eine Verbesserung.

11 . Produktbericht Stand 30. Juni 2022 für das Budget "Landrat und Stabsstellen" Vorlage: 2022/130

Kenntnisnahme

12 . Produktbericht Stand 30. Juni 2022 für das Budget "Allgemeine Finanzierungsmittel" Vorlage: 2022/131

Kenntnisnahme

13 . Informationen der Verwaltung

Erste Kreisrätin Frau Conrady teilt mit, dass es eine Arbeitsgemeinschaft mit den Gemeinden im Landkreis Peine bezüglich der Energiekrise gibt. Sachstand ist, dass Fragen zur Umsetzung der Vorgaben des Bundes eng abgestimmt werden sollen. Damit soll ein einheitliches Vorgehen innerhalb des Landkreises Peine erzielt werden.

Eine Umsetzung der Energiesparmaßnahmen im Klinikum wird – wie bereits durch Herrn Dr. Tenzer der Presse mitgeteilt wurde – nicht möglich sein. Dafür ausschlaggebend sind die Preissteigerungen in sämtlichen Bereichen des Klinikums sowie die Einschränkungen, die für die Patientinnen und Patienten nicht tragbar wären.

Frau KTA Overmöhle-Mühlbach fragt, ob mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins Homeoffice gehen können, um Heizkosten zu sparen, und ob die Sonderregelung während der Covid-19-Pandemie weiter gilt.

Erste Kreisrätin Frau Conrady verweist darauf, dass Telearbeit nur auf freiwilliger Basis stattfindet. Es gibt aktuell eine Übergangsregelung, die bis Jahresende gilt. Die neue Dienst-

vereinbarung zur Telearbeit befindet sich in den letzten Abstimmungen. Telearbeit soll, sofern die technische Ausstattung vorhanden ist, grundsätzlich ermöglicht werden.

Erste Kreisrätin Frau Conrady stellt klar, dass es sich bei den Sparmaßnahmen nicht um Maßnahmen zur Kosteneinsparung handelt, sondern es darum geht, Gas und mit Gas erzeugten Strom zu sparen.

Bürgervertreterin Frau Klotz fragt, inwieweit ein Zusammenrücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angedacht ist und ob diesbezüglich die Priorität bei Covid-19 oder den Energiesparmaßnahmen liegt.

Erste Kreisrätin Frau Conrady teilt mit, dass es aufgrund von Datenschutz und der freiwilligen Basis der Telearbeit nicht möglich ist, verschiedene Fachdienste zusammen zu legen, um weniger Gebäudeteile zu beheizen. Beide Themen, Covid-19 und die Energiesparmaßnahmen gehen daher parallel einher, so dass im Falle von Zusammenrücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Nutzung von Masken nachzudenken ist.

14 . Anfragen und Anregungen

Frau KTA Wilke fragt, ob es angesichts der Energiesparmaßnahmen Alternativen zum Tagungsort Mensa Ilsede gibt.

Erste Kreisrätin Frau Conrady gibt zu bedenken, dass unter Berücksichtigung von Covid-19 nur ein großer Raum mit entsprechender Abstands- und Belüftungsmöglichkeit infrage kommt. Dies grenzt die Möglichkeiten leider ein. Inwieweit räumliche Veränderungen für Sitzungen aufgrund der Energiesparmaßnahmen erfolgen werden und können, wird daher noch geprüft werden müssen.

Der Ausschussvorsitzende **Herr KTA Busse** schließt um **18:05 Uhr** die Sitzung.

Björn Busse
Ausschussvorsitz

Bettina Conrady
Erste Kreisrätin

Svenja Menzel
Protokollführung